

EU-Pläne: 48-Stundenwoche, länger arbeiten, weniger Geld



Die Europäische Union lässt sich trotz des deutlichen Nein der Iren nicht von ihren Horrorplänen abhalten. Der Abbau der Rechte der arbeitenden Menschen wird weiter vorangetrieben. Bald darf bis zu 65 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Gleichzeitig stehen in Europa Millionen Menschen ohne Arbeit da.

EU-Nein in Irland: Hoffnung auch für unser Land

Das Nein der irischen Bevölkerung zum neuen EU-Vertrag gibt Hoffnung auch für Österreich. Die EU und die Parteien wollen aber weiter machen wie bisher. Diese Volksabstimmung ist den Menschen in Österreich verweigert worden. Ihr Ausgang in Irland zeigt die tiefe Kluft zwischen der Mehrheit der Bevölkerung sowie den ökonomischen und politischen Eliten im eigenen Land und in Brüssel auf. Das Nein der irischen Bevölkerung ist ein deutliches Signal dafür, dass die Europäische Union in ihrer derzeitigen Form nicht mehr tragbar ist.

Die Abfuhr in Irland trifft auch die politische Kaste in Österreich vom Bundespräsidenten abwärts bis hin zu ÖVP, SPÖ und Grünen. Deshalb dürfen die Spitzenpolitiker auch in Österreich nicht mit den üblichen Phrasen und mit Drohungen gegen das Volk auf ein Ergebnis reagieren, das ihnen nicht passt.

Es darf nicht unterschätzt werden, dass die Leute in Irland auch für die Neutralität ihres Landes und gegen die militärische Supermacht EU gestimmt haben.

Die offizielle Propaganda kann nicht darüber hinweg-

Irland sagt NEIN!



Im EU-Parlament in Brüssel und in Straßburg: Viel Blabla um viel Geld – die wichtigen Entscheidungen fallen anderswo. FLICKR

täuschen, dass auf den Bürgerinnen und Bürgern der EU-Mitgliedsstaaten ein immer größerer Druck lastet. Rasant steigende Preise seit der Euro-Einführung, wachsende soziale Unsicherheit und eine immer größere Kluft zwischen Arm und Reich trotz steigender Produktivität sind das Produkt einer Politik, die überall auf

breite Ablehnung stößt.

Die Privatisierungen der öffentlichen Infrastruktur, die Zerschlagung der Gesundheits- und Sozialsysteme und die Aufrüstungspolitik der EU liegen nicht im Interesse der Bevölkerung der EU-Staaten. Sie dienen alleine den Spekulanten und den multinationalen Konzernen.

Das droht mit dem Lissabonner Vertrag. Dazu wurden wir nicht gefragt:

- Der Vertrag verlagert noch mehr Macht in die europäische Zentralgewalt – Österreich hat dann in über 105 Fällen kein Einspruchsrecht mehr.
- Er führt zur Schaffung einer gemeinsamen Außenpolitik: Die Supermacht Europa würde Realität.
- Er unterminiert die österreichische Neutralität und verpflichtet zu gemeinsamer Aufrüstungs- und Kriegspolitik.
- Er beschneidet Österreichs Mitspracherechte in der EU.
- Er macht das Atomsperrgesetz zu Altpapier.
- Er bringt eine massive Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten (z.B.: Verfolgung von Tierschützern; Fingerabdrücke).

